



S113/08
14. März 2008

KLIMAWANDEL UND INTERNATIONALE SICHERHEIT

Papier des Hohen Vertreters und der Europäischen Kommission für den Europäischen Rat

I. EINLEITUNG

Das Risikopotenzial des Klimawandels ist real und die Auswirkungen des Klimawandels sind bereits spürbar. Nach Aussage der Vereinten Nationen hatte im Jahr 2007 von all ihren Dringlichkeitsappellen zu humanitären Hilfeleistungen nur ein einziger keinen Bezug zum Klima. Im VN-Sicherheitsrat fand 2007 zum ersten Mal eine Aussprache über den Klimawandel und seine Folgen für die internationale Sicherheit statt. Der Europäische Rat hat die Auswirkungen des Klimawandels auf die internationale Sicherheit ins Blickfeld gerückt und den Hohen Vertreter sowie die Europäische Kommission im Juni 2007 ersucht, dem Europäischen Rat auf seiner Frühjahrstagung 2008 einen gemeinsamen Bericht vorzulegen.

Die wissenschaftlichen Zusammenhänge des Klimawandels sind heute besser bekannt. Die Erkenntnisse der Zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe für Klimaänderungen zeigen, dass selbst dann, wenn die Emissionen bis 2050 auf die Hälfte des Niveaus von 1990 gesenkt würden, ein Temperaturanstieg von bis zu 2 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau schwer zu vermeiden sein wird. Ein solcher Temperaturanstieg wird ernsthafte Sicherheitsrisiken mit sich bringen, die sich bei anhaltender Erwärmung noch verstärken werden. Eine ungebremste Klimaerwärmung über 2 °C hinaus wird zu bislang nicht gekannten Sicherheitsszenarien führen, weil sie bei einer Reihe von Elementen zum Kipp-Punkt und damit zu weiter beschleunigten, unumkehrbaren und weitgehend unvorhersagbaren Klimaänderungen führen dürfte. Neben den Bemühungen zur Vermeidung derartiger Szenarien und um Möglichkeiten zur Anpassung an das Unvermeidliche sollte zugleich gegen die durch den Klimawandel hervorgerufenen internationalen Sicherheitsbedrohungen vorgegangen werden; beides sollte als Bestandteil einer präventiven Sicherheitspolitik angesehen werden.

Richtig betrachtet ist der Klimawandel ein Bedrohungsmultiplikator, der bestehende Tendenzen, Spannungen und Instabilität noch verschlimmert. Die zentrale Herausforderung besteht darin, dass er Staaten und Regionen, die bereits schwach und konflikthanfällig sind, zu überfordern droht. Es ist wichtig, zu erkennen, dass die Risiken nicht nur humanitärer Art sind; es geht auch um politische Risiken und Sicherheitsrisiken, die europäische Interessen unmittelbar berühren. Entsprechend dem Konzept der menschlichen Sicherheit besteht außerdem kein Zweifel daran, dass viele Fragen, die mit den Auswirkungen des Klimawandels auf die internationale Sicherheit verbunden sind, untereinander verknüpft sind und eine umfassende politische Reaktion erfordern. Zum Beispiel ist die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele erheblich gefährdet, weil der Klimawandel, wenn er nicht gebremst wird, das Ergebnis jahrelanger Entwicklungsarbeit durchaus zunichte machen kann.

Dieser Bericht befasst sich somit gezielt mit den Auswirkungen des Klimawandels auf die internationale Sicherheit und untersucht die Frage, welche Konsequenzen sich daraus für Europas eigene Sicherheit ergeben und in welcher Weise die EU reagieren sollte.

Die EU ist aufgrund ihrer führenden Rolle in der Entwicklungspolitik und der globalen Klimapolitik sowie aufgrund des breiten Spektrums der ihr zur Verfügung stehenden Instrumente in einzigartiger Weise dafür gerüstet, auf die Auswirkungen des Klimawandels auf die internationale Sicherheit zu reagieren. Bei der Sicherheitsherausforderung kommen zudem die Stärken Europas zur Geltung, denn Europa verfügt über ein umfassendes Konzept zur Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Konfliktnachsorge und gehört zu den Hauptbefürwortern eines wirksamen Multilateralismus.

In der Europäischen Sicherheitsstrategie wird anerkannt, dass die globale Erwärmung und der Kampf um die natürlichen Ressourcen miteinander verknüpft sind, während die Mitteilung "Europa in der Welt" die Auswirkungen der Globalisierung auf die Außenbeziehungen hervorhebt.

Der Bericht geht der Frage nach, wie das gesamte Spektrum der EU-Instrumente, einschließlich Gemeinschaftsmaßnahmen und GASP/ESVP-Aktionen, neben Erwärmungsbegrenzungs- und Anpassungspolitiken genutzt werden kann, um das Problem der Sicherheitsrisiken anzugehen. Ferner befasst er sich mit den Implikationen der Intensivierung des politischen Dialogs mit dritten Ländern. Bis Ende 2009 ist eine Übereinkunft für die Zeit nach 2012 auszuarbeiten und zu diesem Zweck müssen alle Hebel der EU-Außenbeziehungen in Bewegung gesetzt werden.

Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass es in Europas eigenem Interesse liegt, gegen die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen vorzugehen: auf Ebene der EU, in den bilateralen Beziehungen und auf multilateraler Ebene, in sich gegenseitig unterstützender Weise.

Auch wenn es in diesem Bericht um die Auswirkungen des Klimawandels auf die internationale Sicherheit geht, wird für die Reaktion der EU entscheidend sein, welche Auswirkungen der Klimawandel auf Europa selbst hat. Der Klimawandel wird schwere Folgen für den natürlichen Lebensraum Europas und nahezu alle Teile der Gesellschaft und die Wirtschaft haben.

II. BEDROHUNGEN

Die Folgen des Klimawandels sind schon jetzt zu spüren: die Temperaturen steigen, Polkappen und Gletscher schmelzen und immer häufiger treten extreme Wetterereignisse auf, die an Intensität zunehmen. In diesem Abschnitt werden einige durch den Klimawandel bedingte Konfliktformen skizziert, die in verschiedenen Regionen der Welt vorkommen können.

i) Ressourcenkonflikt

Ein Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzflächen, eine sich ausweitende Wasserknappheit, abnehmende Nahrungsmittel- und Fischbestände, häufigere Überschwemmungen und verlängerte Dürreperioden sind bereits in vielen Teilen der Welt Realität. Der Klimawandel wird die Niederschlagsmuster ändern und die Verfügbarkeit von Süßwasser weiter verringern, in einigen Regionen sogar um 20 bis 30 %. Der Produktivitätsrückgang in der Landwirtschaft wird zu Nahrungsmittelunsicherheit in den am wenigsten entwickelten Ländern und zu einem unhaltbaren Anstieg der Nahrungsmittelpreise allgemein führen bzw. diese Phänomene noch verschlimmern. Insbesondere Wasserknappheit birgt ein Unruhepotenzial und kann selbst in robusten Wirtschaftssystemen zu signifikanten wirtschaftlichen Einbußen führen. In Gebieten mit starkem Bevölkerungsdruck werden die Folgen sogar noch gravierender sein. Generell wird der Klimawandel die wegen knapper Ressourcen bereits bestehenden Konflikte weiter anheizen, vor allem wenn der Zugang zu diesen Ressourcen ein Thema des politischen Kräftespiels wird.

ii) Wirtschaftliche Schäden und Risiken von Küstenstädten und kritischen Infrastrukturen

Nach vorliegenden Schätzungen könnte ein Szenario, bei dem nichts gegen den Klimawandel unternommen würde, der Weltwirtschaft jährlich bis zu 20 % des globalen BIP kosten, während sich die Kosten effektiver konzertierter Maßnahmen auf 1 % beschränken lassen. Etwa ein Fünftel der Weltbevölkerung lebt in Küstengebieten, und es wird erwartet, dass dieser Anteil in den kommenden Jahren noch weiter steigen wird. Megastädte mit den entsprechenden Infrastrukturen wie Hafenanlagen und Ö raffinerien sind oft an Küsten oder Flussmündungen angesiedelt. Der Anstieg des Meeresspiegels und das immer häufigere Auftreten von immer heftigeren Naturkatastrophen stellen für diese Regionen und ihre wirtschaftlichen Perspektiven eine ernsthafte Bedrohung dar. Die Ostküsten von China und Indien sowie die Karibik und Mittelamerika wären besonders betroffen. Eine Zunahme von Katastrophen und humanitären Krisen wird zu einem immensen Druck auf die Ressourcen der Geberländer führen, einschließlich der Kapazitäten für Soforthilfemaßnahmen.

iii) Landverlust und Grenzstreitigkeiten

Die Wissenschaft sagt für dieses Jahrhundert große Veränderungen in der Landmasse voraus. Die Rückverlagerung von Küstenlinien und die Überflutung weiter Gebiete könnten Landverlust, auch den Verlust ganzer Länder wie etwa kleiner Inselstaaten, zur Folge haben. Es wird wahrscheinlich mehr Streitigkeiten über Land- und Seegrenzen und andere Hoheitsrechte geben. Es könnte erforderlich werden, bestehende Völkerrechtsbestimmungen, insbesondere das Seerecht, unter dem Gesichtspunkt der Beilegung von territorialen Streitigkeiten und Grenzstreitigkeiten zu revidieren. Eine weitere Dimension des Ringens um Energieressourcen liegt im potenziellen Konflikt über die Ressourcen in den Polarregionen, welche infolge der globalen Erwärmung nutzbar werden. Durch Desertifikation könnte ein Teufelskreis von Bodendegradation, Migration und Konflikten über Hoheitsgebiete und Grenzen entstehen, der die politische Stabilität von Ländern und Regionen bedroht.

iv) Umweltbedingte Migration

Die Lage derjenigen Teile der Bevölkerung, die bereits unter schlechten Gesundheitsbedingungen, Arbeitslosigkeit oder sozialer Ausgrenzung leiden, wird durch die Folgen des Klimawandels noch prekärer, was Migrationsbewegungen innerhalb eines Landes oder zwischen Ländern auslösen bzw. noch verstärken könnte. Die Vereinten Nationen sprechen für das Jahr 2020 von Millionen von "Umwelt-Migranten" und machen für dieses Phänomen den Klimawandel als eine der Haupttriebkraft aus. Einige Länder, die durch den Klimawandel extrem gefährdet sind, fordern bereits eine internationale Anerkennung der umweltbedingten Migration. Eine solche Migration kann zunehmend zu Konflikten in den Transit- und Zielgebieten führen. Europa muss auf einen wesentlich erhöhten Migrationsdruck gefasst sein.

v) Fragilität und Radikalisierung

Der Klimawandel kann die Instabilität schwacher oder zerfallender Staaten beträchtlich verschärfen, indem er die Kapazität von Regierungen, die bereits nur eingeschränkt in der Lage sind, den Herausforderungen wirksam zu begegnen, übermäßig strapaziert. Die Unfähigkeit einer Regierung, den Bedürfnissen ihrer gesamten Bevölkerung nachzukommen oder bei klimabedingten Notlagen Schutz zu bieten, könnte Frustrationen auslösen, zu Spannungen zwischen verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen innerhalb eines Landes sowie zu politischer Radikalisierung führen. Dies könnte Länder und sogar ganze Regionen destabilisieren.

vi) Spannungen aufgrund der Energieversorgung

Einer der signifikantesten potenziellen Ressourcenkonflikte entsteht aus dem verstärkten Ringen um den Zugang zu Energieressourcen und die Kontrolle darüber. Dies ist an sich schon eine Ursache für Instabilität und wird es auch bleiben. Die Instabilität dürfte aber noch zunehmen, weil sich ein Großteil der weltweiten Kohlenwasserstoffreserven in Regionen befindet, die durch die Auswirkungen des Klimawandels gefährdet sind, und weil viele Erdöl und Erdgas produzierende Staaten bereits vor bedeutenden sozio-ökonomischen und demographischen Herausforderungen stehen. Dieser Umstand birgt wiederum das Potenzial einer erhöhten Energieunsicherheit und eines verstärkten Kampfes um die Ressourcen. Eine eventuelle Ausdehnung der Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung könnte angesichts eines bereits gefährdeten Nichtverbreitungsregimes neue Proliferationsbefürchtungen hervorrufen. Da Regionen, die in der Vergangenheit unzugänglich waren, aufgrund der Folgen des Klimawandels erschlossen werden können, wird der Wettlauf um die Ressourcen an Intensität zunehmen.

vii) Druck auf die internationale Ordnungspolitik

Das multilaterale System ist gefährdet, wenn es der internationalen Gemeinschaft nicht gelingt, gegen die oben beschriebenen Bedrohungen vorzugehen. Die Auswirkungen des Klimawandels werden einer Politik Vorschub leisten, die von Ressentiments zwischen denjenigen, die für den Klimawandel am meisten verantwortlich sind, und denen, die davon am meisten betroffen sind, bestimmt ist. Die Auswirkungen der Klimaschutzpolitik (oder deren Versagens) werden daher die politischen Spannungen auf nationaler und internationaler Ebene schüren. Die potenzielle Trennlinie verläuft nicht nur zwischen Nord und Süd, sondern es wird auch eine Süd-Süd-Dimension geben, vor allem mit dem Anstieg des Anteils Chinas und Indiens an den weltweiten Emissionen. Die bereits schwer belastete internationale Sicherheitsarchitektur wird unter wachsenden Druck geraten.

III. GEOGRAFISCHE BEISPIELE

In vielen Regionen werden eine oder mehrere der vorstehend genannten Bedrohungen durch den Klimawandel verschärft. In den folgenden Abschnitten soll verdeutlicht werden, wie die in verschiedenen Weltregionen bereits bestehenden Belastungen durch den Klimawandel vervielfacht werden. Da zu den Nachbarn der EU einige der am stärksten durch den Klimawandel gefährdeten Regionen gehören, wie etwa Nordafrika und der Nahe und Mittlere Osten, könnten sich der Migrationsdruck an den Grenzen der Europäischen Union sowie die politische Instabilität und die Konflikte in den betreffenden Regionen in Zukunft verstärken. Dies könnte sich auch in erheblichem Maße auf unsere Energieversorgungsrouten auswirken.

1. Afrika

Afrika zählt wegen Mehrfachbelastung und geringer Anpassungskapazität zu den Kontinenten, die durch den Klimawandel am stärksten gefährdet sind. In Nordafrika und der Sahelregion werden Böden durch zunehmende Dürre, Wasserknappheit und Überbeanspruchung degradiert, was dazu führen könnte, dass 75 % der regenbewässerten landwirtschaftlichen Nutzfläche verloren gehen. Das Nildelta könnte durch den Anstieg des Meeresspiegels wie auch durch die Versalzung der Böden in Landwirtschaftsgebieten bedroht werden, wobei in diesem Jahrhundert 12 bis 15 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche durch den Anstieg des Meeresspiegels verloren gehen könnten, wovon bis zum Jahr 2050 etwa 5 Millionen Menschen betroffen wären. Bereits heute wirkt sich der Klimawandel in erheblichem Maße auf den Konflikt in Darfur und den angrenzenden Regionen aus. Am Horn von Afrika werden sich verminderte Regenfälle und steigende Temperaturen in sehr negativer Weise auf eine stark konfliktgefährdete Region auswirken. Im südlichen Afrika tragen Dürren zu schlechten Ernteergebnissen bei und führen somit zu Ernährungsunsicherheit in mehreren Gebieten, in denen Millionen von Menschen mit Lebensmittelknappheit konfrontiert sein dürften. Es ist damit zu rechnen, dass sich nicht nur die Migration in dieser Region, sondern auch die Transitmigration aus anderen Regionen über Nordafrika nach Europa verstärken wird. In Afrika, aber nicht nur dort, dürfte sich der Klimawandel negativ auf die Gesundheit auswirken, vor allem wegen der Ausbreitung vektorübertragener Krankheiten, die die bereits bestehenden Belastungen weiter verschärfen.

2. Naher und Mittlerer Osten

Die Wasserversorgungssysteme im Nahen und Mittleren Osten sind bereits jetzt stark beansprucht. Etwa zwei Drittel der arabischen Länder sind auf Wasserquellen angewiesen, die außerhalb ihrer Grenzen liegen. Es wird erwartet, dass sich die Wassermenge der Flüsse Jordan und Yarmuk deutlich verringern wird, wovon Israel, die Palästinensischen Gebiete und Jordanien betroffen wären. Die bestehenden Spannungen bezüglich des Wasserzugangs werden sich in dieser Region mit ziemlicher Sicherheit verschärfen, was weitere politische Instabilität mit negativen Auswirkungen für die Energiesicherheit Europas und andere europäische Interessen zur Folge hätte. In Israel könnte sich die verfügbare Wassermenge im Laufe dieses Jahrhunderts um 60 % verringern. Infolgedessen wird für ein Gebiet, das bereits jetzt zu großen Teilen arid oder semiarid ist, ein deutlicher Rückgang der Ernteerträge vorhergesagt. Erhebliche Einbußen werden für die Türkei, Irak, Syrien, und Saudi-Arabien erwartet, was die Stabilität in einer Region, die für Europa entscheidende strategische Bedeutung hat, beeinträchtigen würde.

3. Südasien

Der Anstieg des Meeresspiegels könnte den Lebensraum mehrerer Millionen Menschen bedrohen, da 40 % der Bevölkerung Asiens (und damit nahezu 2 Milliarden Menschen) innerhalb eines Küstenstreifens von 60 km Breite leben. Wasserknappheit und Verlust an landwirtschaftlicher Produktivität werden es Asien erschweren, seine wachsende Bevölkerung zu ernähren, die zudem mit einem Anstieg an Infektionskrankheiten konfrontiert sein wird. Mehr als eine Milliarde Menschen werden von Veränderungen beim Monsunregen und dem Rückgang des Himalaya-Schmelzwassers betroffen sein. Konflikte um verbleibende Ressourcen und ungesteuerte Migration werden zu Instabilität in einer Region führen, die ein wichtiger Wirtschaftspartner Europas ist und deren Produktions- und Distributionszentren in den gefährdeten Küstenbereichen liegen.

4. Zentralasien

Auch Zentralasien ist eine Region, die vom Klimawandel stark beeinträchtigt wird. Ein zunehmender Mangel am Rohstoff Wasser, der sowohl eine entscheidende Ressource für die Landwirtschaft als auch eine strategische Ressource für die Stromerzeugung ist, macht sich bereits jetzt bemerkbar. Die Gletscher in Tadschikistan sind allein in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts um ein Drittel geschrumpft, während Kirgisistan in den letzten vier Jahrzehnten über 1000 Gletscher verloren hat. Dies sorgt für ein beträchtliches zusätzliches Konfliktpotenzial in einer Region, deren strategische, politische und wirtschaftliche Entwicklungen sich ebenso wie zunehmende transregionale Herausforderungen direkt oder indirekt auf die Interessen der EU auswirken.

5. Lateinamerika und Karibik

In den trockeneren Gebieten Lateinamerikas wird der Klimawandel zur Versalzung und Desertifikation landwirtschaftlicher Flächen und zu Produktivitätsrückgängen bei wichtigen Kulturen und in der Viehzucht führen. Dies wird sich negativ auf die Ernährungssicherheit auswirken. Es wird erwartet, dass der Anstieg des Meeresspiegels die Hochwasserrisiken für tief gelegene Gebiete erhöht. Gleichzeitig wird vorhergesagt, dass sich der durch den Klimawandel bewirkte Anstieg der Meeresoberflächentemperatur negativ auf die Korallenriffe auswirken und Wanderbewegungen von Fischbeständen hervorrufen wird. Die Länder Lateinamerikas und der Karibik sind schon jetzt mit nachteiligen Auswirkungen konfrontiert, darunter zahlreiche extreme Ereignisse, die mit dem El-Niño-Zyklus zusammenhängen. Es wird vorhergesagt, dass sich veränderte Niederschlagsmuster und das Verschwinden von Gletschern in erheblichem Maße auf die Verfügbarkeit von Wasser für den menschlichen Verbrauch sowie für Landwirtschaft und Energieerzeugung – zum Beispiel in der Andenregion – auswirken werden. Die Länder der Karibik und der Golf von Mexiko werden bereits zunehmend von größeren Hurrikanen heimgesucht. Dieses Phänomen wird durch den Klimawandel weiter verschärft und zu sozialen und politischen Spannungen in einer Region mit häufig schwachen Regierungsstrukturen führen.

6. Arktis

Das rapide Abschmelzen der Poleiskappen, das sich vor allem in der Arktis vollzieht, eröffnet neue Wasserwege und internationale Handelsrouten. Außerdem verändert die erhöhte Zugänglichkeit der enormen Kohlenwasserstoffressourcen in der Arktis die geostrategische Dynamik dieser Region, was potenzielle Konsequenzen für die internationale Stabilität und die europäischen Sicherheitsinteressen hat. Das jüngst erfolgte Absetzen der russischen Flagge unter dem Nordpol ist ein anschauliches Beispiel für die neuen strategischen Interessen, die aus diesen Veränderungen erwachsen. Es wird zunehmend notwendig, sich mit der an Breite gewinnenden Diskussion über Gebietsansprüche und den Zugang zu neuen Handelsrouten seitens verschiedener Länder, die die Fähigkeit Europas, seine Handels- und Ressourceninteressen in der Region wirksam zu sichern, in Frage stellen und die Beziehungen Europas zu seinen wichtigsten Partnern belasten könnten, zu befassen.

IV. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Die Auswirkungen des Klimawandels auf die internationale Sicherheit sind kein künftiges Problem, sondern eines, das sich bereits jetzt stellt und uns dauerhaft beschäftigen wird. Auch dann, wenn bei der Verringerung der Treibhausgasemissionen Fortschritte erzielt werden, werden sich die Wettermuster bereits geändert haben, werden die globalen Temperaturen bereits gestiegen sein und wird vor allem der Klimawandel bereits in allen Teilen der Welt zu spüren sein.

Die aktive Rolle der EU bei den internationalen Verhandlungen zum Klimawandel ist enorm wichtig und muss aufrechterhalten werden. Die EU hat sowohl bei den internationalen Verhandlungen, vor allem durch ihr Eintreten für das Zwei-Grad-Ziel, als auch mit ihren weit reichenden Beschlüssen zur EU-internen Klima- und Energiepolitik Führungsstärke unter Beweis gestellt. Sie kann jedoch nicht allein handeln. In einer sich verändernden internationalen politischen Landschaft müssen die großen Emissionsverursacher und die Schwellenländer ebenfalls in die Pflicht genommen werden und sich an einem ehrgeizigen globalen Klimaübereinkommen im Rahmen der Vereinten Nationen beteiligen.

Bei der Reaktion der EU muss den Vereinigten Staaten, China und Indien sowie der Frage, welche Bedeutung die Auswirkungen für die langfristigen Beziehungen der EU zu Russland haben, besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die nachstehenden Empfehlungen sollten durch weitere Untersuchungen ergänzt und durch kohärente Aktionspläne der EU weiterverfolgt werden, die den verschiedenen Aspekten der reaktiven Maßnahmen Rechnung tragen, die erforderlich sind, um den Auswirkungen des Klimawandels auf die internationale Sicherheit umfassend und wirksam zu begegnen. Bei der anstehenden Prüfung der Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie sowie etwaiger Vorschläge zu ihrer Ergänzung sollte der Sicherheitsdimension des Klimawandels Rechnung getragen werden.

Ausbau der Kapazitäten auf EU-Ebene

Ein erster Schritt im Vorgehen gegen die Auswirkungen des Klimawandels auf die internationale Sicherheit sollte darin bestehen, Wissen aufzubauen und die eigenen Kapazitäten der EU zu evaluieren; anschließend sollte die Fähigkeit zur Katastrophen- und Konfliktprävention und zur schnellen Reaktion auf Katastrophen und Konflikte verbessert werden. Der hierfür erforderliche Finanzbedarf sollte ermittelt und bei der Überprüfung des EU-Haushalts berücksichtigt werden.

In diesem Zusammenhang könnten folgende Maßnahmen erwogen werden:

- Ausbau der EU-Kapazitäten in den Bereichen Forschung, Analyse, Überwachung, Frühwarnung und Beobachtungslisten unter Einbeziehung des Instituts für Sicherheitsstudien, des Satellitenzentrums der EU (EUSC), des Gemeinsamen Lagezentrums der EU (SITCEN), des EU-Netzes von Energiesicherheits-Korrespondenten (NESCO), der Globalen Umwelt- und Sicherheitsüberwachung und der Gemeinsamen Forschungsstellen. Die Überwachung und die Frühwarnung müssen sich in besonderen Situationen staatlicher Fragilität und politischer Radikalisierung auf Spannungen um Rohstoffe und die Energieversorgung, auf ökologische und sozioökonomische Belastungen, auf Bedrohungen für kritische Infrastrukturen und Wirtschaftsgüter, auf Grenzstreitigkeiten, auf die Auswirkungen hinsichtlich der Menschenrechte und auf potenzielle Migrationsbewegungen erstrecken.

- Ausbau der Planungskapazitäten und Fähigkeiten auf Unions- und einzelstaatlicher Ebene unter Einbeziehung des Bevölkerungsschutzes und Anwendung ziviler und militärischer Krisenbewältigungs- und Katastrophenschutzinstrumente, um zu der Reaktion auf die durch den Klimawandel hervorgerufenen Sicherheitsrisiken beizutragen.
- Weitere Arbeiten der Kommission mit dem Ziel, für jede einzelne Region eingehender zu untersuchen, mit welchen Sicherheitsauswirkungen zu rechnen ist und inwieweit die Interessen der EU davon berührt werden.

Multilaterale Führungsrolle der EU bei der Förderung einer globalen Klimasicherheit

Der Klimawandel ist ein entscheidender Aspekt im Rahmen der internationalen Beziehungen und wird in den kommenden Jahren weiter an Bedeutung gewinnen, was auch für seine Sicherheitsdimension gilt. Wird diese Bedeutung anerkannt, kann der Klimawandel sogar zu einer positiven Triebfeder für die Verbesserung und Umgestaltung der globalen Struktur- und Ordnungspolitik werden. Da wir es hier mit einem weltweiten Problem zu tun haben, plädiert die EU für eine multilaterale Reaktion. Ausgehend von der erfolgreichen Konferenz von Bali im Dezember 2007 muss die EU ihre Führungsrolle aufrechterhalten und verstärkt darauf hinwirken, dass im Jahr 2009 ein ehrgeiziges Übereinkommen für die Zeit nach 2012 geschlossen wird, das Folgenabschwächungs- und Anpassungsmaßnahmen aller Staaten als entscheidenden Beitrag zur Klimasicherheit vorsieht.

In diesem Zusammenhang könnten folgende Maßnahmen erwogen werden:

- Verstärkte Behandlung der mit dem Klimawandel verbundenen Sicherheitsrisiken auf multilateraler Ebene, vor allem im Rahmen des VN-Sicherheitsrates, der G8-Treffen sowie der VN-Sonderorganisationen (u.a. zur Erörterung der Frage, ob bestimmte Vorschriften des Völkerrechts, einschließlich des Seerechts, verschärft werden müssen).
- Ausbau der internationalen Zusammenarbeit zur Ermittlung und Überwachung der mit dem Klimawandel verbundenen Sicherheitsbedrohungen sowie im Bereich der Präventions-, Vorsorge-, Folgenabschwächungs- und Reaktionskapazitäten. Förderung der Entwicklung regionaler Sicherheitsszenarien für verschiedene Ebenen des Klimawandels und deren Auswirkungen auf die internationale Sicherheit.
- Berücksichtigung der durch Umwelteinflüsse hervorgerufenen zusätzlichen Migrationsbelastung bei der Weiterentwicklung einer umfassenden europäischen Migrationspolitik unter Einbeziehung aller einschlägigen internationalen Gremien.

Zusammenarbeit mit Drittstaaten

Der Klimawandel erfordert eine Überprüfung und Verstärkung der Instrumente der EU für Zusammenarbeit und politischen Dialog, wobei den Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit mehr Aufmerksamkeit zu widmen ist. Dies könnte dazu führen, dass den Bereichen Schadensbegrenzung und Anpassung an den Klimawandel, verantwortungsvolle Staatsführung, Naturressourcenmanagement, Technologietransfer, grenzübergreifende Umweltzusammenarbeit (u.a. wasser- und landseitige Maßnahmen), Stärkung der Institutionen und Aufbau von Krisenbewältigungskapazitäten künftig höhere Priorität beigemessen und die entsprechenden Maßnahmen stärker gefördert werden.

In diesem Zusammenhang könnten folgende Maßnahmen erwogen werden:

- Stärkere Einbeziehung der Anpassung an den Klimawandel und der Widerstandsfähigkeit gegen den Klimawandel in die regionalen Strategien der EU (z.B. Nördliche Dimension, Europäische Nachbarschaftspolitik, EU-Strategie für Afrika, Barcelona-Prozess, Schwarzsmeersynergie, EU-Strategie für Zentralasien, Nahost-Aktionsplan). Besondere Aufmerksamkeit sollte den am stärksten gefährdeten Regionen und den potenziellen Brennpunkten der Klimasicherheit gewidmet werden. Die Globale Allianz für den Klimaschutz zwischen der EU und den besonders gefährdeten Entwicklungsländern sollte ausgestaltet werden.
- Entwicklung einer Politik der EU für die Arktis, die auf der entstehenden Geostrategie der Arktisregion aufbaut, wobei unter anderem der Ressourcenzugang und die Öffnung neuer Handelsrouten zu berücksichtigen sind.
- Prüfung der Sicherheitsauswirkungen des Klimawandels im Dialog mit Drittstaaten, was auch den Austausch von Analysen umfassen sollte.